

Krankenhaus-Stiftung der Niederbronner Schwestern

Beschaffung eines Rahmenvertrags über die Lieferung von iPads inkl. Mobile Device Management (MDM) Lösung

im Wege einer Öffentlichen Ausschreibung nach UVgO

ANGEBOTSFORMULAR

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 2 von 25 Seiten

Teil A: Allgemeine Angaben des Bieters

Teilnahme am Vergabeverfahren

- ☐ als Einzelbewerber
- ☐ als Bewerbergemeinschaft

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Einzelbieter

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 3 von 25 Seiten

Die Seiten 3 bis 7 sind nur im Falle einer Bietergemeinschaft auszufüllen:

Teilnehmer der Bietergemeinschaft

Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft 1

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 4 von 25 Seiten

Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft 2

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 5 von 25 Seiten

Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft 3

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 6 von 25 Seiten

Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft:

Seite 7 von 25 Seiten

Name(n) der Person(en), welche die Erklärung für das Unternehmen rechtsverbindlich abgibt

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 8 von 25 Seiten

Angaben zur Einbindung von Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe

Angabe, zu Unternehmen auf das/die sich ein Bieter / eine Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner Eignung stützt („Eignungsleihe“).

Im Rahmen der Eignungsleihe eingebundene(s) Unternehmen	Eignungskriterien, zu deren Nachweis das Unternehmen eingebunden wird

Eine Erklärung des / der im Rahmen der Eignungsleihe eingebundenen Unternehmen(s), dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, ist / sind dem Angebot beizufügen.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 9 von 25 Seiten

Unterauftragnehmer

Ich / wir beabsichtige/n,

- ☐ sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst zu erbringen.
- ☐ die unten aufgeführten Leistungen durch die Einbindung eines Unterauftragnehmers zu erbringen.

(Hinweis: Bitte ankreuzen und ggf. Tabelle ausfüllen)

Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Vorgesehene Tätigkeit	Name / Anschrift (falls bereits bekannt)

Weitere Unterauftragnehmer sind ggf. auf gesondertem Blatt aufzuführen.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 10 von 25 Seiten

Teil B: Eignungsnachweise

Hinweis: Im Falle einer Teilnahme als Bewerbungsgemeinschaft sind die Formblätter, Teil B zu kopieren und von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft gesondert auszufüllen.

Soweit der Bewerber oder die Bewerbungsgemeinschaft zum Nachweis der Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (sog. „Eignungsleihe“), muss mit Angebotsabgabe nachgewiesen werden, dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens vorlegt.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Ziffer III.1.1 bis III.1.3 der Bekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 31 UVgO Abs. 1, 2 i.V.m. § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 31 UVgO Abs. 1, 2 i.V.m. § 124 Abs. 1 GWB vorzulegen.

Name des Unternehmens, für das die nachfolgenden Erklärungen abgegeben werden:

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 11 von 25 Seiten

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 31 UVgO Abs. 1, 2 i.V.m. § 123 GWB

Hinweis: Soweit eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

Ich erkläre / wir erklären, dass keine Person, die dem Unternehmen (Bewerber) zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist und gegen das von mir / uns vertretene Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 12 von 25 Seiten

10. den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

(nur bei Bedarf auszufüllen)

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 13 von 25 Seiten

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 31 UVgO Abs. 1, 2 i.V.m. § 124 GWB

Hinweis: Soweit eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

Ich erkläre / Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 14 von 25 Seiten

- das Unternehmen
 - 1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - 2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - 3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

(nur bei Bedarf auszufüllen)

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 15 von 25 Seiten

Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLOG)

Ich / wir erklären, dass ich / wir **nicht** wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

(nur bei Bedarf auszufüllen)

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 16 von 25 Seiten

**Eigenerklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz im Bereich von vergleichbaren
Lieferleistungen, jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre**

Umsatz [in EUR brutto] / Geschäftsjahr	2022	2023	2024
Gesamtumsatz			
Umsatz im Bereich Lieferung von vergleichbaren Lieferleis- tungen			

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 17 von 25 Seiten

Eigenerklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung

Hiermit erklären wir, dass eine Haftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen

- 500.000 EUR für Personen- und Sachschäden
- 250.000 EUR für Vermögensschäden

- ☐ besteht
- ☐ im Auftragsfall abgeschlossen wird.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Hinweis: Die Bestätigung einer Versicherungsgesellschaft über das Bestehen der Haftpflichtversicherung bzw. über den Abschluss einer Versicherung im Auftragsfall mit den vorgenannten Deckungssummen ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen. Der Bieter hat keinen Versicherungsnachweis einzureichen.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 18 von 25 Seiten

Referenzen

Vorlage von Referenzen über die Lieferung von Tablets inkl. MDM-Lösung in den vergangenen drei Jahren (seit 1.1.2021).

Mindestreferenz:

Vorlage von mindestens zwei Referenzen über die Lieferung von vergleichbaren Tablets inkl. MDM-Lösung an eine Klinik in Europa in den vergangenen drei Jahren. Die Abgabe von mehr als drei Referenzen ist nicht gewünscht.

Die Erklärungen über Referenzleistungen müssen jeweils folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags
- kurze Beschreibung des Leistungsumfangs
- Name des Auftraggebers inkl. Ansprechpartner
- Dauer und Zeitraum der Leistungserbringung
- kurze Beschreibung des Projekts

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 19 von 25 Seiten

Angaben zu Referenzen

Referenz Nr.	
Bezeichnung	
kurze Beschreibung des Leistungsumfangs	
Auftraggeber (einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Projektbeschreibung	

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 20 von 25 Seiten

Angaben zu Referenzen

Referenz Nr.	
Bezeichnung	
kurze Beschreibung des Leistungsumfangs	
Auftraggeber (einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Projektbeschreibung	

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 21 von 25 Seiten

Angaben zu Referenzen

Referenz Nr.	
Bezeichnung	
kurze Beschreibung des Leistungsumfangs	
Auftraggeber (einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Projektbeschreibung	

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 22 von 25 Seiten

Teil C: Angaben zur Wertung

Preis für Lieferung und Installation:

Gerätetyp	Preis je Gerät (netto)	Preis je Gerät (brutto)	Anzahl*	Gesamtpreis (brutto)
iPad (A16 Chip, Speicher 128GB, Farbe: Silber, mit angebrachter Panzerglasfolie und Softcase in Schwarz, inkl. Anlage im Apple Business Manager inkl. MDM-Lösung)			140	
iPad Mini (A17 Pro Chip, Speicher 128 GB, Farbe: Space Grau, mit angebrachter Panzerglasfolie und Softcase in Schwarz, inkl. Anlage im Apple Business Manager, inkl. MDM-Lösung)			225	
Apple Pencil (1. Generation)			80	
Apple Pencil Pro			160	
Optionale Gravur je Apple Pencil Pro			160	
Ladestation für die Nutzung mit mind. fünf iPads gleichzeitig und fünf USB-C Kabeln			100	
30W USB-C Power Adapter			146	
Zwischensumme				

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 23 von 25 Seiten

	Preis (netto)	Preis (brutto)
MDM-Lösung gem. Leistungsbeschreibung (Laufzeit 3 Jahre)		
MDM-Lösung gem. Leistungsbeschreibung (Verlängerungsoption weitere Laufzeit 3 Jahre)		
Summe (Gesamtangebotspreis)		

** Die angegebene Anzahl dient lediglich der Angebotswertung. Der Abruf einer Mindestmenge entsprechend dem Verfahrensleitfaden wird zugesichert.*

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 24 von 25 Seiten

Teil D: Verpflichtungserklärung nach LTTG

Erklärung nach § 4 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334).

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber erklärt hierzu folgendes: Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung zu zahlen.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;

im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 25 von 25 Seiten

Teil E: Erklärungen des Bieters

Ich / wir biete(n) die ausgeschriebene Leistung entsprechend den Vorgaben der Vergabeunterlagen zu den in diesem Angebotsformular angegebenen Konditionen und konzeptionellen Leistungsinhalten an.

Ich / wir erkläre(n) hiermit,

- dass ich / wir die Vergabeunterlagen vollständig erhalten habe/n,
- dass der Vertrag mit Zuschlagserteilung zustande kommt und nachträglich lediglich schriftlich zu dokumentieren ist,

Wir halten uns an unser Angebot bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist (15. Juli 2025) gebunden.

Mir / uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zum Ausschluss meines / unseres Unternehmens vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwaigen erteilten öffentlichen Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen kann.

Ort: _____

Datum: _____

Name(n) der Person(en), die das Angebot rechtsverbindlich für den Bieter abgibt / abgeben